



FASCHISMUS

KEMPSTON
BEDFORD
ENGLAND

TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, SCHWEDISCH, UND SPANISCH

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 3
12. Jahrgang

16. Februar 1944

Das illegale Europa erörtert die Zukunft

Schwere Verantwortung (ITF) "Le Populaire", das illegale Organ der französischen Sozialisten, schreibt bei der Erörterung der Probleme des Wiederaufbaus u.a.: "Morgen wird die Befreiung kommen und nach ihr - der Sieg. Aber zwei Feinde gilt es zu schlagen - Deutschland und den durch den doppelten Verrat der Kapitulation und der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht unrettbar kompromittierten französischen Kapitalismus. Die Befreiung wird uns mit Glück erfüllen, der Sieg wird dem Sozialismus die schwerste Verantwortung aufbürden, die Verantwortung fuer den Wiederaufbau der Welt.

Die ersten Massnahmen werden einen entscheidenden Einfluss auf die Wirtschaft von morgen haben. Wenn wir ganze Arbeit leisten, wird der Weg zum Sozialismus offenliegen. Versagen wir, so wird sich der Kapitalismus rächen - zwar nur vorübergehend - aber die Rebellion der verzweifelten und getauschten Massen, die dann folgen wird, kann in ausweglosem Chaos und kulturellem Zusammenbruch enden.

Nicht nur einen politischen Kampf wird der Sozialismus zu führen haben, sondern auch einen grossen technischen und wirtschaftlichen. Sind wir in der Arbeiterbewegung auf unsere Aufgabe vorbereitet? Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei hat deshalb das 'Sozialistische Erziehungskomitee' zum Studium der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zukunftsprobleme errichtet.

Weder in Landwirtschaft, öffentlichem Gesundheitsdienst, Erziehung, Recht, Handel, Gemeindegeldverwaltung, noch bei den ernstesten Fragen der Verstaatlichung oder bei der Ausarbeitung eines Systems sozialer Sicherheit, das allen Arbeitern ein Mindesteinkommen und den Alten ausreichende Versorgung sichert, gibt es ein Problem, fuer das keine sozialistische Loesung moeglich ist". ("Le Populaire", November 1943.)

"Die Welt der Zukunft" (ITF) Hollaendische Sozialdemokraten besprechen in ihrer illegalen Zeitschrift "Het Parool" seit laengerem Fragen der Zukunft. Eine grossere Untersuchung des illegalen Kampforgans beschaeftigt sich mit Fragen der Einheit Europas und der Moeglichkeit ueberstaatlicher Organisationen: "Der Voelkerbund hatte sich zu hohe Aufgaben gestellt. (Der USA-Praesident) Wilson wollte (1918) eine weltumspannende Organisation schaffen... waehrend die erste Voraussetzung, ein Weltbewusstsein der breiten Massen, noch fast voellig fehlte. Die Geschlossenheit der nationalen Gemeinschaften wurde unterschaezt und statt schrittweise zu grosseren Staatengemeinschaften zu kommen, begann man mit dem Dach.

Historisch haftete dem Voelkerbund die Bindung an den Friedensvertrag von Versailles an, die ihn zu einer Organisation der Sieger stempelte. Bedenklicher noch war die Tatsache, dass die Voraussetzung des Bundes die Schwaeche Deutschlands und Russlands war und dass er ganz allgemein einen statischen und nicht einen dynamischen Charakter trug. Alles war auf die Aufrechterhaltung der 1919-20 geschaffenen Verhaeltnisse eingestellt...

Innerlich schwach war der Voelkerbund vor allem deshalb, weil er nur im Notfall in Aktion trat... Eine innerlich starke Organisation... muss sich um die wirklichen wirtschaftlichen, sozialen und militaerischen Fragen kuemmern, unter vorlaeufiger Zurueckstellung der Rechtsprobleme.

Kontinentale Gemeinschaften - Unter Beruecksichtigung dieser historischen Erfahrungen ist von befugter Seite ein Plan zur Organisierung kontinentaler - d.h. sich ueber einen Erdteil erstreckender - Gemeinschaften entworfen worden... So wie frueher Provinzen zur Nation wuchsen, so muessen sich jetzt 'die Nationen Europas' zur 'Europaeischen Nation' entwickeln.

Der Voelkerbund zeigte, dass eine Weltorganisation nicht auf einmal geschaffen werden kann. Darum sollte mit einer Zwischenstufe begonnen... und die Menschheit schrittweise mit der Idee einer ueberstaatlichen Organisation vertraut gemacht werden". "Het Parool" bespricht das Beispiel der Sowjetunion, der Panamerikanischen Union und des Britischen Weltreiches und faehrt dann fort: "Auch fuer Europa kann eine Form kontinentaler Gemeinschaft der Verwirklichung naeher sein als wir jetzt vermuten. Jedenfalls wird unmittelbar nach dem Krieg die Organisation unseres Erdteils in der Hand der Vereinten Nationen liegen.

Unmittelbar nach der Niederlage Deutschlands werden alliierte Organisationen die wirtschaftliche und politische Ordnung Europas. Diese Organisationen sind die Vorlaeufer der kontinentalen Gemeinschaft".

Ihre Aufgaben - "Vorlaeufige Aufgaben einer kontinentalen Gemeinschaft und ihrer Vorlaeufer, der alliierten Kriegsorganisation, werden sein:

wirtschaftlich - Regelung des europaeischen Gueterverkehrs (Verteilung ueberseeischer Rohstoff- und Lebensmittellieferungen, Festlegen von Ein- und Ausfuhrkontingenten), Regelung des Geld- und Kreditverkehrs (europaeisches Clearing, Kreditgewaehrung und Investitionskontrolle), Ordnung der Grundstoffindustrie und der in Trusts oder Kartellen organisierten Betriebszweige (Eisen und Stahl, Bergbau, Energie etc., Kontrolle des europaeischen Verkehrswesens, Verteilung der Schiffstonnage, Regelung des internationalen Eisenbahnverkehrs.) Im Interesse der deutschen Kriegsfuehrung wurden die genannten Massnahmen auf dem europaeischen Kontinent bereits verwirklicht und auf der Seite der Alliierten werden Produktion und Transport weitgehend international kontrolliert. Die im Kriege entstandenen Regelungen koennen in Friedenszeiten weiter funktionieren" - aber jetzt im Interesse der Voelker Europas.

Die skizzierte Aufgabe ist zunaechst begrenzt. "Im Laufe der Jahre aber kann sie zum Aufstellen ein- oder mehrjaehriger (kontinentaler) Produktionsplaene, die sich wiederum auf nationale Produktionsplaene stuetzen, erweitert werden. Je staerker die kontinentale Gemeinschaft Wirtschaft und andere Lebensgebiete der ihr angehoerenden Staaten regelt, desto schwieriger wird es fuer ein Land, sich dieser Gemeinschaft zu entziehen.

sozial - ... Ueberwachung der sozialen Bedingungen, unter denen produziert wird, um Schmutzkonkurrenz zu verhindern... Wanderungen muessen in erster Linie innerhalb der kontinentalen Gemeinschaften geregelt werden. Dabei gilt, wie auch in anderen Faellen, dass die kontinentale Gemeinschaft erst dann an die alle Kontinente umspannende internationale Organisation appelliert, wenn sie nicht - oder nicht mehr - imstande ist, Maengel auszugleichen oder Ueberschuesse zu verwerten.

Die kontinentale Gemeinschaft strebt daher eine gewisse natuerliche Autarkie an, ohne aber aus Prinzip autark sein zu wollen. Auch jeder einzelne Staat der kontinentalen Gemeinschaft muss in erster Linie den eigenen Bedarf decken und erst danach ein- und ausfuehren. Deshalb sollte die Industrialisierung agrarischer und Reagrarisierung industrieller Staaten angestrebt werden, damit in wirtschaftlicher Hinsicht moeglichst ausgeglichene Staaten entstehen, deren Bluete nicht von einem einzigen Wirtschaftszweig abhaengt".

juristisch - Zur Schlichtung von Differenzen zwischen den einzelnen Staaten wird ^{ein} kontinentaler Gerichtshof vorgeschlagen, gegen dessen Entscheidung ^{einen} interkontinentalen Gerichtshof appelliert werden kann.

"Die Aufgaben der kontinentalen Gemeinschaft sind, wie gesagt, zuerst beschraenkt und dementsprechend auch die Vollmachten. Diese 'Gemeinschaft' ist noch keine kontinentale Regierung, anfangs selbst noch kaum eine Vertretungskoeorperschaft der betreffenden Staaten, sondern vielmehr ein Buerro, das aus von den Regierungen der betreffenden Staaten ernannten Delegierten besteht. Eine wirklich repraesentative Koeorperschaft wird die kontinentale 'Gemeinschaft' erst, wenn ihre Mitglieder von den zugehoerigen Voelkern gewaehlt werden..."

Eine eigene Propaganda- und Informationsorganisation der "kontinentalen Gemeinschaft" mit nationalen Verzweigungen wird vorgeschlagen. "Ein Teil der Polizei und der Armee jedes Staates sollte von der kontinentalen Gemeinschaft uebernommen werden". Die "kontinentale Gemeinschaft" sollte das Recht haben, direkte Steuern zu erheben.

Sechs kontinentale Gemeinschaften - "Bei der Einteilung duerfen geschichtliche und wirtschaftliche Faktoren nicht unberuecksichtigt bleiben". Unter Beruecksichtigung eines Gleichgewichts zwischen Industrie und Agrarproduktion, Bevoelkerungszuwachs usw. wird folgende Einteilung vorgeschlagen: "I. Die Amerikanische Gemeinschaft.., II. die Sowjetunion.., III. die Ostasiatische Gemeinschaft (China, Japan, Vorder- und Hinterindien, Indonesien, Australien und Neuseeland), IV. Europa mit Franzoesisch und Spanisch Nord-, West- und Mittelafrrika.., V. Kleinasien und Nord- und Ostafrika.., VI. die Sued- und Mittelafrkanische Gemeinschaft..."

Ein Fortbestehen des heutigen staatsrechtlichen Verhaeltnisses zu den Kolonien ist praktisch unmoeglich und ueberdies unberechtigt, sodass das Verhaeltnis des Mutterlandes zu diesen Gebieten einen anderen Charakter erhalten muss, in jedem Fall jedoch sollte die Bindung zur kontinentalen Gemeinschaft Vorrang haben, wie wichtig im uebrigen die Verbindung mit den Dominions und anderen ueberseeischen Gebieten auch bleiben moege: diese Verbingung kann durch Aufnahme von Vertretern des Mutterlandes in die Gemeinschaften unterstrichen werden. So sollten neben den Vertretern Indonesiens, Indiens usw. England, die Niederlande, Frankreich (fuer Indochina) und die USA (fuer die Philippinen) in der Ostasiatischen Gemeinschaft vertreten sein koennen, waehrend z.B. auch Spanien und Portugal mit Ruecksicht auf ihre kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Mittel- und Suedamerika in der Amerikanischen Gemeinschaft vertreten sein sollten".

Die illegale Zeitung hofft: "Wenn eine derartige Einteilung verwirklicht waere, wuerde der Imerialismus wenn nicht vollstaendig verschwinden, so doch wenigstens in andere Richtung gelenkt werden, er wuerde sich auf intensive Entfaltung der eigenen kontinentalen Gemeinschaft konzentrieren..."

Der grosse Fehler der alliierten Politiker von 1919 war ihre opportunistische Politik auf kurze Sicht... Es ist gerade die Aufgabe eines Landes wie Holland, die grosse Perspektive herauszuarbeiten. Das liegt in der Richtung unserer kulturellen Entwicklung".

(Fuer die Red.: "Het Parool", 16.IX.43.)

Illegales Europa (ITF) "St. Galler Tagblatt", eine der Schweizer Zeitungen, die über gute Kontakte zur franzoesischen Widerstandsbewegung verfuegen, veröffentlicht (am 2.II.) den Bericht eines aus Deutschland entflohenen franzoesischen Kriegsgefangenen ueber die Zusammenarbeit der Illegalen: "Nach 3 Jahren in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern waren wir... in Koenigsberg. Da wir Offiziere nicht arbeiteten, konnten wir uns in diesen 3 Jahren auf eine bestimmte Aufgabe konzentrieren. Unsere Aufgabe war nicht Flucht, sondern baldige Heimkehr zur Herstellung von Verbindungen zwischen der Widerstandsbewegung in der Heimat und dem Widerstand in den franzoesischen Gefangenenlagern in Deutschland... Um Isolierung unserer Arbeit und unserer Bemuehungen zu vermeiden.., mussten wir eine staendige Verbindung mit der Heimat haben... Wir mussten fuer Verbindung zwischen den verschiedenen Kriegsgefangenenlagern und den (franzoesischen) Zivilarbeitern (in Deutschland) mit der Heimat und mit (dem Nationalkomitee in) Algiers sorgen. Das waere natuerlich unmoeglich gewesen, hätten wir nicht auf die aktive Hilfe deutscher Soldaten und Arbeiter rechnen koennen. Wir liessen manche guten Freunde unter den Deutschen zurueck, als wir in einer schwuelen Sommernacht den Stacheldraht an einer unbewachten Stelle durchschnitten..."

Das Zentrale Widerstandskomitee unseres Lagers hatte beschlossen, vier Delegierte zum Kongress der Widerstandsbewegung im besetzten Frankreich zu entsenden, der irgendwo Anfang Oktober stattfinden sollte. Vertreter unserer Gruppen waren oefter nach Frankreich gegangen.., um die Illegalen ueber unsere Aktionen und Vorschlaege zu informieren und um den Kriegsgefangenen die Beschluesse der kaempfenden Heimat mitzuteilen. Daher kehrten die entflohenen Kriegsgefangenen nach Erledigung ihrer Aufgaben in Frankreich als Zivilarbeiter nach Deutschland zurueck... All das erforderte eine weitverzweigte Organisation, die fuer falsche Personalausweise, Geld, Kleidung und Lebensmittel zu sorgen hatte. Die Organisation besteht schon zwei Jahre und die Gestapo hat genaue Berichte ueber sie, kann aber nicht eingreifen, weil die Gefangenenlager der Armeepolizei unterstehen und diese keine Gestapoeinmischung duldet.

Wir konnten das Lager mit Hilfe eines deutschen Kameraden, der uns genaue Anweisungen gab, verlassen. Der deutsche Arbeiter erwartete uns, wie vereinbart, in einigen Hundert Meter Entfernung, um uns Obdach zu verschaffen, einem Teil in seiner eigenen Wohnung und andere in den Wohnungen seiner Kameraden. Als wir durch die dunklen Strassen Koenigsbergs eilten, flüsterste uns unser Fuehrer zu, dass die Lage etwas schwierig sei. Zwei Naechte vorher haette die Gestapo sechs Fallschirmjaeger festgenommen, alles Jugendliche aus dem Bezirk, die von den Russen abgeworfen worden waren. Da angenommen wurde, dass noch mehr Fallschirmjaeger abgeworfen worden waren, war die Gestapo besonders aktiv.

Ich blieb 2 Monate in Koenigsberg, natuerlich mit einem neuen Personalausweis... Nachdem alle Reisevorbereitungen getroffen waren, fuhren wir ab... Nach zuverlaessigen Statistiken entkommen taeglich 11 Kriegsgefangene. Viele kommen heimlich in die Heimat, andere gehen in neutrale Laender, aber die meisten segeln unter falscher Flagge in den deutschen Grosstaedten.

Im Zuge wurden wir haeufig kontrolliert, aber wir hatten Zivillarbeiterpapiere und falsche Urteilscheine... In Frankreich "spuerten wir bald, welch grosser Unterschied zwischen unserer und unserer Landsleute Einstellung zu den Deutschen bestand. Wir Kriegsgefangene haben die Deutschen zuhause gesehen, mit all ihren Alltagsnoeten, ihren Schwaechen und ihrer Zukunftsangst. Aber in Frankreich sieht man in ihnen nur die ruecksichtslosen Eindringlinge, die grausame Besatzungsmacht, und fuer den Durchschnittsfranzosen ist Deutscher und Gestapo dasselbe. Waehrend unser Hass sich viel staerker gegen die mit den Deutschen Zusammenarbeitenden, gegen die Profitjaeger und aehnliche richtet, hasst der Franzose in der Heimat hauptsächlich die Besatzungsmacht.

Derartig: verschiedene Einstellung fuehrte natuerlich zu Spannungen zwischen uns Kriegsgefangenen und den Mitgliedern der Widerstandsbewegung in Frankreich. Wir sind in sozialen Fragen radikaler, wir gingen durch den Zusammenbruch Frankreichs und sahen, wie Frankreichs Jugend geopfert wurde. Wir lebten Jahre hinterm Stacheldraht und... wir wollen natuerlich alle bestimmt Arbeit bekommen und ein gewisses Existenzminimum haben. Aber gerade das koennen wir nicht von einem wiedererstandenen 'Vorkriegsfrankreich' erwarten... Wir waren beim Kongress und erledigten unsere Aufgaben, dann blieben wir in den Reihen der Widerstandsbewegung in Frankreich... Ein Befehl kam von Algiers, das Land nicht zu verlassen, da wir vor grossen Aufgaben stunden". (Fuer die Red.: Rueckuebersetzung.)

Zuchthausmauern im Aether (ITF) Die deutsche Vierteljahresschrift "Das Rundfunkarchiv" veroeffentlicht regemaessig eine Uebersicht ueber Urteile der Nazirichter gegen Deutsche und Auslaender, die in Deutschland verbotene Auslandssendungen abgehört und den Inhalt dieser Sendungen verbreitet haben. Die Uebersicht des letzten Vierteljahresheftes gibt interessante Einblicke in Antinazitaetigkeit in Deutschland und Oesterreich und es ist verstaendlich, dass die Redaktion der deutschen Zeitschrift ausdruecklich Nachdruck aus dieser Uebersicht nur mit besonderer Genehmigung erlaubt.

Todesstrafe fuer Rundfunkhoeren - "Das Wiener Sondergericht verurteilte am 24.X.42 Oskar U. zum Tode. Er hatte systematisch junge Freunde eingeladen und damit gemeinschaftliches Abhoeren organisiert. Nach Abhoeren der Nachrichten diskutierte er sie mit den Anwesenden in deutschfeindlichem Sinne. Diese Tat ist besonders verbrecherisch, weil er Feindpropaganda an Jugendliche weitergab. Er wurde als gefaehrlicher Gewohnheitsverbrecher(!) zum Tode verurteilt". - "Das Landgericht in Schwerin (Mecklenburg) verurteilte am 18.VIII.43. den auslaendischen Arbeiter So. wegen Hoerens und Weitererzählens verbotener Rundfunksendungen zum Tode". Ein Autoelektriker, ein Fabrikarbeiter, ein Postangestellter, ein Baecker und ein Schlachtergeselle wurden als Mitschuldige zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. "So. ist Tscheche. Viele Leute - Polen, Tschechen und die Volksdeutschen G. und M. - besuchten sein Haus... So. hoerte regemaessig polnische und tschechische Sendungen einer Feindstation. Sein Haus wurde allmaehlich Treffpunkt fuer zahlreiche Auslaender. Die Zusammenkuenfte dauerten bis spaet in

die Nacht, damit noch die Nachtsendungen des Feindes gehoert werden konnte. Die Hoerer diskutierten die Nachrichten und sprachen ueber Politik...

Das Reich kann die Hilfe auslaendischer Arbeiter nicht entbehren und muss ein riesiges Heer von Auslaendern mit deutschen Volksgenossen zusammenarbeiten lassen. Der Bildung anti-deutscher Zentren unter den auslaendischen Arbeitern muss ruecksichtslos entgegengetreten werden".

Das "Rundfunkarchiv" berichtet dann ueber eine Reihe "Rundfunkverbrecher", die fuer verbotenes Abhoeren auf bis zu 10 Jahren ins Zuchthaus gesperrt wurden. Wir greifen einige charakteristische Urteile heraus:

Auslaendische Arbeiter - Das Sondergericht in Schwerin urteilte am 24.VIII.43. den franzoesischen Hilfsarbeiter R. ab. Er hatte staendig verbotene Sendungen abgehoeert und "oft die Berichte an franzoesische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter durchgegeben".

Oesterreichische "Staatsfeinde" - Das Wiener Oberlandesgericht sperrte am 16.IV.43 den Beamten Viktor K. ins Zuchthaus. "Er hatte Berichte feindlicher Rundfunkstationen einem Kollegen erzaehlt, den er fuer zuverlaessig hielt". Er hatte schon 1938 Auslandssender abgehoeert. "Erschwerend war, dass er diese Taetigkeit im Kriege und in einem besonders kriegswichtigen Unternehmen fortgesetzt hatte".

Am 11.XI.43. wurden zwei Wiener abgeurteilt, die verbotene Sendungen hoerten und "die zersetzende Nachrichten an politische Freunde weitergaben, die staatsfeindlich eingestellt waren". - Am 27.XI. stand in Wien Alois M. vor Nazirichtern. "Der Angeklagte war lange Mitglied einer staatsfeindlichen Partei gewesen. Noch heute ist er in der Nachbarschaft als Staatsfeind bekannt und ist oft denunziert worden. Er gibt zu, dass er nicht in der Lage sei, sich mit dem Staate auszusuehnen... Er hatte versucht, das Gehoerte einem Arbeitskollegen zu erzahlen".

Die Begrueundung eines Urteils des Leobener Sondergerichts vom 14.IV.43. ist bedonders interessant. Die Richter deuten an, dass ihnen die Existenz illegaler Sender bekannt ist! Ein angeklagter Handwerker verteidigte sich mit der Erklaerung, er habe doch nur Nachrichten deutscher Sender weiterverbreitet. Das Sondergericht erklarte, "dass der Ort, aus dem die Sendung kommt, unerheblich ist, es kommt nur auf den Inhalt an. Wenn dieser schaedlich sein kann, darf man die Sendung nicht hoeren. Die genannte Station arbeitet im Interesse des Feindes."

Abhoergruppen in Deutschland - In Hamburg wurden am 21.I.43. 2 Frauen und 3 Maenner abgeurteilt. Sie hatten auslaendische Sendungen abgehoeert und die Nachrichten weiterverbreitet. "sie hatten sich bei ihrer Tat durch zufaellig anwesende Gaeste nicht stoeren lassen, sondern sie hatten sogar weitere zum Hoeren eingeladen und sich einladen lassen, sodass mehr Leute mit Abhoeren begannen. Dem Abhoeren folgten regelmaessige Diskussionen. Frau Th's. Schuld ist besonders schwer. Sie hatte nicht nur ihre Tochter regelmaessig ueber das Gehoerte unterrichtet, sondern auch andere Leute. Sie war dabei ungewoehnlich aggressiv. Leidenschaftlich verteidigte sie die zersetzenden Nachrichten, wenn andere ihre Zuverlaessigkeit bezweifelten. Hartnaeckig setzte sie ihre Versuche fort, andere zu einer staatsfeindlichen Haltung zu bringen. - Da es sich hier um Staatsfeinde handelte, die einmuetig der Meinung waren, dass das bestehende Staatssystem abgelehnt werden sollte, und da die Angeklagten sich gegenseitig in ihrer staatsfeindlichen Haltung bestaerkt und womoeglich neue Hoerer in ihren Zirkel gezogen hatten, um sie fuer ihre politischen Anschauungen zu gewinnen, musste ihr Verhalten als hochverraeterisch betrachtet werden."

L., der in Dortmund am 8.IV.43. abgeurteilt wurde, hatte seine Weckuhr nachts so gestellt, dass er den feindlichen Nachrichtendienst abhoeren konnte. Er gab das Gehoerte an Dritte weiter. - In Halle wurde Otto H. am 28.V.43. angeurteilt: Trotzdem er "rote Warnungszettel" von der Naziartei erhalten hatte, hoerte er weiter und "versuchte, jede Regierungsmassnahme in staatsfeindlicher Weise zu kritisieren". - Der in Dortmund am 24.VIII.43. abgeurteilte J. "war ein besonderer Feind des gegenwaertigen Regimes und der Regierung".

Das Dresdener Sondergericht urteilte am 18.VIII.43. die Arbeiter T. und R. ab. "Mit zwei Arbeitskollegen bildeten die Angeklagten eine besondere Gruppe innerhalb der 'Betriebsgemeinschaft', von der sie sich fernhielten. Ihre staatsfeindliche Einstellung war bekannt... Bei der Arbeit hatten sie regelmaessig Notizen ueber das Gehoerte ausgetauscht... T. war durch den 'roten Warnungszettel' der (Nazi-)Partei ausreichend gewarnt worden. Das schreckte sie nicht von ihrem ungesetzlichen Tun ab... Nicht politische Neugier, sondern politische Opposition und fehlendes Vertrauen zum amtlichen deutschen Nachrichtendienst hatte die Angeklagten zu diesem Verbrechen getrieben. (Fuer die Red.: Rundfunkarchiv; Okt./Dez. 1943.)

Massenverhaftungen in Oesterreich (ITF) In einigen Bezirken Wiens liess die Gestapo, wie uns erst jetzt bekannt wird, im November und Dezember zahlreiche Frauen verhaften, die vor 1934 in den freien Gewerkschaften, in der Sozialdemokratie und in sozialistischen Jugendorganisationen taetig waren. Haeufig wurde gleichzeitig der Mann oder Sohn der verhafteten Frauen eingesperrt. Die verhafteten Frauen wurden dann ploetzlich entlassen, ihre Maenner oder Soehne wurden, zum Teil direkt aus der Haft, in ein Ausbildungslager und dann an die Front geschickt.

Widerstand in Oesterreich (ITF) Auf einer Tagung in der oesterreichischen Industriestadt Linz teilte (am 23.I.) der Arbeitsfrontleiter mit, dass eine Propagandaaktion gegen Arbeitsstundenverlust geplant sei. Eine derartige Propaganda sei noetig, denn in den Betrieben ginge bis zu 35%(!) der Arbeitszeit durch Krankheit, Unfaelle, Unpuenktlichkeit und Bummerln verloren.

Das Wiener Polizeipraesidium gab (am 22.I.) bekannt: Nachforschungen ergaben, dass ein in einer Wiener Siedlung bei einem Gefecht Erschossener ein Leiter des fruerehen Republikani-

schen Schutzbundes (der antifaschistischen Kampforganisation der Sozialisten und Gewerkschafter) war, der kuerzlich aus dem Ausland zurueckkehrte, um "staatsfeindliche" Auftraege durchzufuehren.

Streik franzoesischer Bergarbeiter (ITF) Zwei illegale Zeitungen berichten ueber erfolgreiche Streiks franzoesischer Bergarbeiter. "Libération" (Befreiung) meldet (2.XI.) dass die Bergarbeiter im Departement Pas de Calais ihre Forderungen auf Erhoehung der Loehne und Rationen und auf Fortfall der Sonntagsschichten durch Streiks Nachdruck verliehen. Mehr als 75.000 Bergarbeiter haben sich insgesamt an den Streikaktionen beteiligt, im Durchschnitt streikten 40.000 Bergarbeiter gleichzeitig. - Erhoehung der Loehne und Rationen wurde durchgesetzt.

"Le Travailleur Alpin", ein abgezogenes Bezirksorgan der Kommunisten der Dauphiné, berichtete (X.43.): "Durch einheitliche Aktion erreichten die Bergarbeiter des La Mure-Beckens (Dep. Isère) eine 17%ige Lohnerhoehung, die ihnen rueckwirkend vom 1.VI. ausbezahlt wird". Die Bergarbeiter hatten eine 30%ige Teuerungszulage gefordert.

Lohnkampf belgischer Eisenbahner (ITF) Zu welch seltsamen Kampfmethoden belgische Arbeiter durch die Verhaeltnisse gezwungen werden, laesst ein boshafter Artikel des nazifreundlichen "Nouveau Journal" (5.I.) erkennen: "Reisende im Bezirk Huy geben dem Lokomotivfuehrer ein Zehn- oder 25centime-Stueck; das ist kein Trinkgeld, sondern eine Entschaedigung. Seit Winterbeginn froren diese Fahrgaeste in den Zuegen. Vergeblich unterzeichneten sie Petitionen... Schliesslich wurde bekannt, dass das Eisenbahnpersonal, ohne Anweisung, die Heizung der Wagen abgestellt hatte, um Dampf zu sparen. Die Eisenbahner verdienten auf diese Weise eine Kohlensparpraemie und, damit sie diese nicht verlieren, mussten die Passagiere frieren. Sie entschlossen sich kurzerhand, etwas mehr zu bezahlen, und daher schuettelten sie dem Lokomotivfuehrer die Hand, wofuer der ihnen als Gegenleistung so einheizt, dass die Thermometer springen. Jetzt sind Passagiere und Eisenbahner zufrieden."

Solidaritaet (ITF) Die schwedische Zeitung "Dagens Nyheter" berichtet (26.I.): "Frau C. Brunius, die kuerzlich in Frankreich mit schwedischen Mitteln unterhaltene Kinderheime besichtigte, erklaerte in einem Vortrag in Stockholm, dass Millionen Lebensmittelpakete Monat fuer Monat aus Frankreich an franzoesische Kriegsgefangene und Arbeiter in Deutschland gesandt werden, trotzdem mehr als ein Viertel der Bevoelkerung Frankreichs hungert. Unterernaehrung ist in Frankreich sehr ernst; man schaezt, dass ein Viertel der Bevoelkerung mit weniger als 2000 Kalorien pro Tag lebt. Das entspricht den deutschen Rationen am Ende des letzten Weltkrieges. In Suedfrankreich erhalten die meisten nur 1200-1300 Kal. pro Tag und die Konzentrationslagergefangene nur 950."

Russische Arbeiter in Deutschland hungern (ITF) Die Polizei der westfaellischen Stadt Soest teilte (Ende Januar) mit, dass russische Arbeiter, die in Strassen und Laeden um Brotkartenabschnitte bettelten, verhaftet wurden. Haeufiger versuchten russische Arbeiter, (selbstgemachtes) Spielzeug gegen Brotkartenabschnitte zu tauschen. Auch das sei verboten.

Recht in Deutschland (ITF) Der 46jaehrige deutsche Schriftsetzer W. Domschke hatte laengere Zeit Fleischkarten nachgedruckt. Das Dresdener Sondergericht verurteilte ihn zu 4 Jahren Zuchthaus.

Zwei Tage spaeter berichtete der Berliner "Lokalanzeiger": der 26jaehrige franzoesische Schriftsetzer G. Berthe hatte Butterkarten nachgedruckt; der 23jaehrige franzoesische Arbeiter J. Musilli hatte ihm das notwendige Wasserzeichenpapier beschafft. Das Berliner Sondergericht verurteilte beide zum Tode. ("Lokalanzeiger", 28.I.)

Nazi-Volksgemeinschaft unter Bomben (ITF) Ohne Kommentar: Propaganda - Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley: : An Stelle des Klassenkampfes und der Zerrissenheit der Nation setzen wir die unzerbrechliche und nicht diskutierbare Volksgemeinschaft". (Deutschlandsender, 9.II.44.)

Arbeiter - Bisher durfte deutschen Arbeitern, die bei Fliegerangriffen schwer verwundete Angehoerige besuchten oder an der Beerdigung getoeteter Verwandter teilnahmen, der Lohnausfall bezahlt werden; das Arbeitsamt erstattete den Unternehmern diesen Betrag. - Jetzt hat Sauckel den Arbeitsaemtern die Rueckerstattung verboten.

Dividenden - "Alle Befuerchtungen hinsichtlich der Dividendenausschuetungen sind unbegrundet. Sieht man sich die Statistiken der an der Berliner Boerse amtlich notierten Aktien an, so stellt man zunaechst fest, dass sich in der Zeit von 1933 bis 1940 die Dividende Jahr fuer Jahr erhoehrt hat... Die Vermutung, dass Verluste aus Bombenschaeden die Dividende ausschlaggebend beeinflussen koennen, duerfte unbegrundet sein". ("Rheinisch-Westfaelische Zeitung", 19.I.44.)

Plakate erleichtern Sabotage (ITF) In ihrer letzten Ausgabe hat die Berliner Monatsschrift "Soziale Praxis" aufschlussreiche kritische Bemerkungen ueber unerwartete Wirkungen der Unfallverhuetungsplakate in deutschen Betrieben veroeffentlicht: "Das Schlagwort 'Sichere Arbeit sichert den Sieg' kann zum Beispiel in gewissen Kreisen und bei gewissen Menschen durchaus die umgekehrte Ueberlegung ausloesen, naemlich 'Unsichere Arbeit gefaehrdet den Sieg' und das gerade Gegenteil von dem erreichen, was erreicht werden sollte. So ist es auch mit allen andern Hinweisen und Darstellungen, die unter Umstaenden bei gegnerischen... Subjekten den Gedanken zur Sabotage und dergleichen wecken koennen..."

In manchen Unternehmen fehlen Schutzeinrichtungen. Aber "der verantwortliche Betriebsfuehrer

Fortsetzung auf S. 18

Der 12. Februar 1934 (ITF) In der woechentlichen BBC-Gewerkschaftszendung der Arbeitsgemeinschaft der Berufsinternationalen der Bergarbeiter, Metallarbeiter und Transportarbeiter sprach Peter Krier, der fruere Praesident der luxemburgischen Gewerkschaftskommission und jetzige Arbeitsminister des Grossherzogtums ueber 2 bedeutsame Gedenktage: "Der 12. Februar ist ein zweifacher Gedenktag in der politischen Geschichte Europas und besonders in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Vor 10 Jahren antworteten in Frankreich die Arbeiter auf den faschistischen Staatsstreich, der in Paris am 6. Februar 1934 versucht wurde, mit einem Generalstreik. Am 12. Februar 1934 wurde er durchgefuehrt, eine wundervolle, von der Arbeiterklasse organisierte, Massenbewegung. Sie versperrte dem Faschismus den Weg. Am gleichen Tage schlug der Faschismus, der so in Frankreich zum Rueckzug gezwungen wurde, an anderer Stelle los. Am 12. Februar 1934 entbrach in Oesterreich ein bitterer Kampf zwischen den Arbeitern, die die Demokratie verteidigten, und der Diktatur des Kanzlers Dollfuss. Beinahe eine Woche donnerten in den Arbeitervierteln Kanonen und die Strassen des Roten Wien wurden rot mit dem Blut der Verteidiger der Freiheit.

Die internationale Arbeiterschaft bewunderte die oesterreichische Arbeiterbewegung wegen ihrer disziplinierten Kraft, wegen ihrer vorbildlichen Organisationen und vor allem wegen der grossen konstruktiven Leistung der sozialistischen Demokratie im Roten Wien. Die Achtung vor den oesterreichischen Arbeitern stieg noch an dem Tage, an dem sie auf die Strasse gingen, um das von ihnen Geschaffene zu verteidigen. Es war die erste europaeische Arbeiterbewegung, die zu den Waffen griff. Es war die erste Schlacht gegen den Faschismus. Sie endete mit einer Niederlage...

Nach Wien... kam Madrid, dann Warschau, London, Stalingrad, Nordafrika und die jetzigen Kampffronten. Diese Wiener Bluttage waren der Anfang der grossen Schlacht fuer die Freiheit, die wir heute kaempfen. - Oesterreich war das erste Opfer eines deutschen Ueberfalls auf Europa. Aber Oesterreich, besetzt und gewaltsam dem Reich einverleibt, dat das Versprechen der Moskauer Konferenz gehoert, dass es wieder frei und unabhaengig sein wird. In Oesterreich sind die Arbeiter heute das staerkste Element des Widerstandes gegen Hitler. Aus ihren Reihen kamen die meisten der von den Nazis Hingerichteten... Morgen wird die oesterreichische Demokratie wieder erstehen... Vor 10 Jahren haben die oesterreichischen Arbeiter mit ihrer Tapferkeit und ihrem Opfermut dazu beigetragen, sie zu schaffen.

Der Franzoesische Gewerkschaftsbund (CGT) (ITF) Aus einem von Radio Algiers verbreiteten an die franzoesischen Arbeiter Aufruf der Delegation des CGT in den befreiten franzoesischen Gebieten: "Trotz Gestapo und Vichy-Polizei hat sich der CGT reorganisiert und sein Vorstand arbeitet jetzt illegal im besetzten Frankreich unermuedlich zur Verteidigung der Arbeiter und zur Vorbereitung der Befreiung Frankreichs. Der CGT hat eine Delegation fuer die befreiten Gebiete ernannt., die Tueh an die Aufgabe erinnert, die Befreiung der franzoesischen Arbeiter zu beschleunigen und den Tag der Bestrafung der Profitjaeger und der Entschaedigung aller Opfer der Unterdrueckung nahezubringen. Wenn der Tag der Befreiung kommt, sollen sofort die Loehne erhoehrt und die Preise stabilisiert werden. Wir wollen hoehere Rationen und Arbeit fuer alle. Das Arbeitsgesetz (Vichys) und alle faschistischen Gesetze muessen abgeschafft werden und die Gewerkschaften muessen ihr Eigentum zurueckerhalten. Sozialgesetzgebung und Gewerkschaftsfreiheit muessen ohne Unterschied den Arbeitern der verschiedenen Rassen und Religionen gesichert sein. Wir wollen sofortige Reformen in allen Schluesselsektoren der Wirtschaft und die Unterordnung der Privatinteressen unter die Interessen des Volksganzen. Auf diese Weise wird Frankreich eine echte Demokratie werden..."

Die Delegation der Gewerkschaften in den befreiten Gebieten ruft alle Arbeiter in Frankreich und im franzoesischen Empire auf, sich dem CGT anzuschliessen. Praechtige Ergebnisse wurden bereits erreicht. In den befreiten Gebieten entspricht die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bereits der des Jahres 1938/39, und 1944 wird die Gewerkschaftsbewegung wahrscheinlich staerker denn je sein... Zeigt Euren Kameraden in Frankreich, dass Ihr mit der wiedergewonnenen Freiheit etwas anzufangen wisst, zeigt ihnen, dass ihr gleichzeitig an der Intensivierung des Kriegseinsatzes und an der Vorbereitung eines Systems sozialer Sicherheit und vollstaendiger Befreiung arbeitet".

Fortsetzung von Seite 17

muss sich darueber klar sein, dass er, wenn er ein mahnendes Plakat 'Tragt Schutzbrillen' oder 'Verwendet nur gute Leitern' und dgl. anbringt, und den Text in fremden Sprachen unterlegt, dafuer Sorge zu tragen hat, dass die verlangten Schutzeinrichtungen oder ordentlichen Arbeitsbehelfe auch tatsaechlich vorhanden sind. Anderenfalls wird die Mahnung zu einer Anklage gegen den Betrieb." - (Fuer die Red.: Die "Soziale Praxis" wurde am 1. I. mit den "Monatsheften fuer NS-Sozialpolitik" der Arbeitsfront zusammengelegt. Die neue "Deutsche Sozialpolitik" wird von einem Sekretaer der Arbeitsfront herausgegeben.)

In Deutschland ausgebombte haben auf dem Papier ein Recht auf Ersatz der ihnen bei alliierten Luftangriffen auf Deutschland zerstoerten Habseligkeiten. auslaendische Arbeiter Aber bombenbeschaedigte franzoesische, belgische und serbische Arbeiter sollen sich in Deutschland keinen Ersatz kaufen. Sie erhalten Betraege bis zu 200 RM, um sich aus ihrer Heimat neue Waesche, Schuhe etc. kommen zu lassen. Die knappen Warenvorraete in Deutschland sollen fuer deutsche Bombenbeschaedigte reserviert werden und die auslaendischen Zwangsarbeiter sollen sich aus den knappen Vorraeten ihrer Heimat versorgen. Vielleicht rechnet Berlin sogar damit, dass Mitleidige fuer ihre bombenbeschaedigten Landsleute Waren aus Vorraeten zur Verfuegung stellen, die sie vor den Deutschen versteckten. (ITF) (Erlass des Berliner Innenministeriums vom 1. IX. 43.)